

Pressemitteilung

20.7.2015

Schüler, Eltern und Lehrer rufen zu Kundgebung gegen Stellenstreichungen auf

Kundgebung „Rote Karte für Stellenstreichungen“

23. Juli 2015, 11.55 Uhr

Luisenplatz Wiesbaden | Vor dem Kultusministerium

Landesschülervertretung (LSV), Landeselternbeirat (LEB) und GEW Hessen rufen unter dem Motto „Rote Karte für Stellenstreichungen“ zu einer Kundgebung am 23. Juli (Donnerstag) auf. Anlass für die Kundgebung ist eine geplante Umverteilungsmaßnahme des hessischen Kultusministeriums, durch die rund 600 Stellen in Grundschulen und Oberstufen gestrichen werden sollen, um sie in anderen Bereichen einzusetzen.

Um „fünf vor zwölf“ wird die Veranstaltung beginnen, bei der unter anderem die Übergabe von 25.000 in einer Petition der LSV gesammelten Unterschriften geplant ist. „Die Unterschriften werden aber nicht nur übergeben, sondern auch demonstrativ auf einer Wäscheleine über den Luisenplatz gehängt“, erklärt Svenja Appuhn, stellvertretende Landesschulsprecherin.

Für die drei Organisationen werden neben einigen besonders Betroffenen Anusch Arash (LSV), Jochen Nagel (GEW) und Reiner Pilz (LEB) Reden halten.

Die Landesschülervertretung, der Landeselternbeirat sowie die GEW Hessen fordern

- den Ausbau von Ganztagsangeboten,
- die Förderung von Inklusion,
- Deutschfördermaßnahmen und
- Sonderzuweisungen nach Sozialindex zu verwirklichen,

ohne dabei allerdings – wie bisher geplant – Stellen in Grundschulen und Oberstufen zu kürzen.

25.000 Unterschriften in fünfzig Tagen sammeln Schüler_innen, Lehrer_innen und Eltern für die Onlinepetition „Keine Stellenstreichung an Hessischen Schulen!“

>> <https://www.openpetition.de/petition/online/keine-stellenstreichung-an-hessischen-schulen>

Die Organisatoren erklären: 25 000 Menschen sagen Nein!

- Nein zu einer Bildungspolitik, in der seit langem überfällige Projekte, wie der Ausbau von Ganztagsangeboten, die Förderung von Inklusion, Deutschfördermaßnahmen und Sonderzuweisungen nach Sozialindex, nicht mit neuen Stellen versorgt werden.
- Nein zu einer Politik der Umverteilung, die zur Folge haben wird, dass Grundschulklassen mit weniger als 21 Schüler_innen mit Kürzung der Grundzuweisung zur Versorgung für den Förderunterricht rechnen

müssen und in der gymnasialen Oberstufe schrittweise die 104/105-prozentige Lehrerversorgung abgebaut wird.

- Nein zur Existenzgefährdung besonders kleiner Grundschulen, nein zum ‚Sparen‘ in der einzigen flächendeckenden integrativ und oft auch inklusiv arbeitenden Schulform, der Grundschule.
- Nein zu einer Reduzierung des Kursangebotes der gymnasialen Oberstufe auf Grundkurs- und Leistungskursebene, nein zu Zusammenlegungen von Grund- und Leistungskursen, nein zu Erhöhung der Kursgrößen und nein zu Streichungen von AGs.

"Schul- und Unterrichtsformen gegeneinander ausspielen und gleichzeitig ‚Schulfrieden‘ anstreben – wie passt das zusammen?", fragt Jochen Nagel, Vorsitzender der GEW Hessen.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft | Landesverband Hessen | Zimmerweg 12 | 60325 Frankfurt
Ulrich Märtin, Geschäftsführer | Tel. 069–971293-11 | info@gew-hessen.de | www.gew-hessen.de